

grünes blatt



Der
"URAN-Utan"

Uranabbau Nuklearer Kolonialismus

Radioaktivität

(ti)Alle bekannten organischen und anorganischen Stoffe bestehen aus Molekülen bzw. aus Atomen. Die Eigenschaft einiger Atomsorten, unter Aussendung energiereicher Strahlung zu anderen Atomsorten zu zerfallen, nennt mensch Radioaktivität. Der radioaktive Zerfall ist ein natürlicher physikalischer Vorgang, welcher vom Menschen allerdings auch künstlich erzeugt werden kann (z.B. durch Kernspaltung) .Bei der Kernspaltung in AKWs und bei Atomwaffenexplosionen entstehen radioaktive Stoffe, die in der Natur nicht vorkommen.

Die auf natürliche oder künstliche Weise entstandene Strahlung tritt in drei Formen auf: alpha-Strahlung, beta-Strahlung und gamma-Strahlung. Diese Strahlung kann ohne Hilfsmittel weder gesehen, gerochen noch gehört werden. Fühlbar ist sie erst in hoher Dosis, denn dann führt sie zu einer Erwärmung des Gewebes bis hin zu Verbrennungen. Das ist in Fällen von Atomwaffenexplosionen und Unfällen in Atomanlagen möglich.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Aus dem Inhalt:

Jahresausblick Seite 5

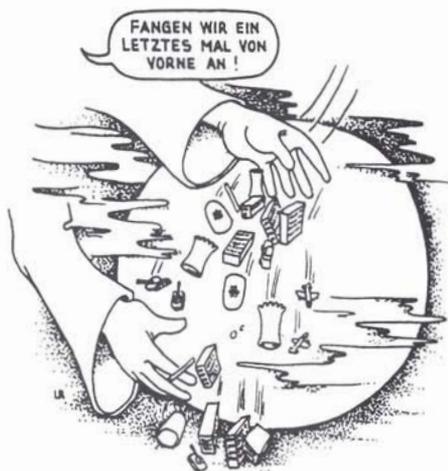
Garten Eden Seite 6

Brandanschlag auf Café Seite 8

Kdv in Israel Seite 10

Staatliche Repression Seite 12

Inhaltsverzeichnis:



| | |
|---------------------------------------|----------|
| Uranabbau | Seite 1 |
| Inhalt und Impressum | Seite 2 |
| Fortsetzung: Uranabbau | Seite 3 |
| Ernte-Dank-Fest | Seite 5 |
| Jahresausblick | Seite 5 |
| Garten Eden | Seite 6 |
| „Was ist antiemanzipatorisch?“ | Seite 7 |
| Leserbrief zu „Rechte Ökologie“ | Seite 7 |
| Brandanschlag auf Thiembuktu | Seite 8 |
| Konstruktives Miteinander | Seite 8 |
| Kriegsdienstverweigerung in Israel | Seite 10 |
| Termine, Veranstaltungen und Aktionen | Seite 11 |
| Adressen | Seite 11 |
| Staat & AtomkraftgegnerInnen | Seite 12 |

Impressum:

Das grüne blatt erscheint im Selbstverlag und ist eine Zeitschrift von Jugendlichen für Jugendliche und Junggebliebene.

Herausgeber:

Greenkids Magdeburg e.V.
Postfach 32 01 19
39040 Magdeburg
Tel. + Fax: 0391/5433861
E-Mail: mail@gruenes-blatt.de
www: www.gruenes-blatt.de

Hausanschrift:
Olvenstedter Str. 10
39108 Magdeburg

Spendenkonto:
Sparda Bank Berlin eG
KNr.: 810 20 66
BLZ: 120 965 97

Mitwirkende Organisationen:

BUNDjugend Sachsen-Anhalt
NAJU Sachsen-Anhalt
Öko-Zentrum und -Institut Magdeburg e.V.

Redaktion:

Susann Baehs (sb), Falk Beyer (fb,
V.i.S.d.P.), Kristin Lahne (ti), David
Lähnemann (dal), Katrin Risch (kr)

Fotos:

Falk Beyer, Greenkids-Archiv,
www.jabiluka.de

Grafiken:

Umweltschnippel Bilderbuch, Politisches
Schnippel Bilderbuch

Satz und Layout:

David Lähnemann

Druck:

Stelzig Druck Magdeburg

Auflage:

1000 Hefte

Diese Ausgabe des grünen blatt wurde durch das
Jugendamt Magdeburg gefördert.

Redaktionsschluß war der 30. November 2001.
Das grüne blatt wird auf 100% Altpapier gedruckt.

Nächste Ausgabe: 1-2002

Redaktionsschluss: 05. April 2002

Das grüne blatt versteht sich als ein Medium aus der
Umweltbewegung Sachsen-Anhalts. Die Redaktion bilden
Vertreter der verschiedenen Vereine sowie unabhängige
MitarbeiterInnen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit
der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers
übereinstimmen.

Ältere Ausgaben des grünen blatts können gegen
Erstattung der Portokosten (3,- DM) bei Greenkids
Magdeburg e.V. nachbestellt oder online auf
www.gruenes-blatt.de gelesen werden.

Die Trägervereine im Web:

www.greenkids.de
www.naju-lsa.de
www.oezim.here.de

**WIR BITTEN FOLGENDEN FEHLER ZU
ENTSCULDIGEN:
DAS LETZTE GRÜNE BLATT WURDE NICHT,
WIE IM IMPRESSUM GENANNT, VOM
UMWELTAMT MAGDEBURG, SONDERN VOM
JUGENDAMT MAGDEBURG GEFÖRDERT!**



Mitglied in der FJP



**FREIE JUGEND
PRESSE
Sachsen-Anhalt e.V.**
Arbeitsgemeinschaft junger Medienmacher

(Fortsetzung von Seite 1)

(ti) Wenn es auch nicht unmittelbar zu spüren ist, sind viel niedrigere Strahlendosen ebenfalls gefährlich. Es gibt keinen Schwellenwert für Strahlenbelastung durch Radioaktivität, deshalb muss angenommen werden, dass auch die sogenannte Niedrigstrahlung schädigende Wirkungen hat. Die Wahrscheinlichkeit für Strahlenschäden liegt umso höher, desto größer die Dauer und Intensität der Be- bzw. Verstrahlung ist.

Uran

Das Uranisotop U-235 ist eine von wenigen spaltbaren, in Atomkraftwerken nutzbaren Atomkernsorten. Es macht 0,7% des in der Natur vorkommenden Urans aus. Den größten Anteil des Gesamturans hat U-238 mit 99%.

Uran ist ein hochgiftiges, radioaktives Metall. Die Zerfallskette, an deren Anfang Uran steht, hinterlässt 13 Zerfallsprodukte, bis am Ende stabiles, nicht radioaktives Blei entsteht. Eines dieser Zwischenprodukte ist das bei Uranerzabbau und weiterer Verarbeitung leicht freigesetzte Gas Radon-222. Es gilt als radiologisch sehr bedenklich, weil es durch Einatmen besonders effektiv gesundheitliche Schäden hervorruft.

Uranabbau

Uran ist als Erz in der Erdkruste enthalten und kann im Tagebau bzw. in Untertagebergwerken abgebaut werden. In anbaufähigem Gestein liegt der Urangehalt meist nur unter 0,05-0,5%, deshalb müssen um kleine Mengen Uran zu erhalten, große Mengen Uranerz abgebaut werden. Der dabei anfallende Abraum und das minderwertige Erz werden zu riesigen Halden aufgeschüttet.

Aufbereitung

Das in Bergwerken gewonnene Uranerz kommt danach zur weiteren Verarbeitung in die Aufbereitungsanlage. Dort wird es erst gemahlen und dann mit Schwefelsäure versetzt. Dadurch erreicht mensch die Abtrennung des Urans vom Erz und die Überführung in seine oxidierte Form U3O8 ("Yellow Cake").

Urananreicherung

Das sogenannte "Yellow Cake" enthält nur ca. 0,7% nutzbares U-235. Für den Leicht-

wasserreakortyp (häufigster in Deutschland) aber ist ein 4-7facher Gehalt nötig. Deshalb ist eine Anreicherung des Urans notwendig, was soviel bedeutet wie: der Anteil U-235 muss gegenüber den anderen Isotopen erhöht werden.

Diese Anreicherung ist mit der "Yellow Cake"-Form technisch nicht möglich. Das Uran muss also eine verarbeitungsfähige Verbindung annehmen. Durch chemische



Reaktionen entsteht das gasförmige Uranhexafluorid (UF₆), welches in große Zylinder eingespeist wird. Da die Uranisotope ein unterschiedliches Gewicht besitzen -U-238 ist schwerer als U-235 - werden sie durch die wirkende Zentrifugalkraft "sortiert". In einem bestimmten Bereich des Zylinders sammelt sich UF₆ an, das einen höheren U-235-Anteil besitzt als das eingespeiste Ausgangsmaterial. Dieses wird aus der Zentrifuge abgezogen. Um auf den gewünschten Anteil von 3-5% zu kommen, muss dieser Vorgang viele Male in hintereinandergeschalteten Zylindern wiederholt werden.

Die Anreicherung ist der erste Bearbeitungsschritt im Rahmen der Atomenergienutzung, der in der BRD in nennenswertem Maße durchgeführt wird. Einziger Standort ist die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau/Westfalen. Die Verarbeitungskapazität entspricht dem jährlichen Bedarf von 8 großen AKWs.

Neben dem UF₆ mit dem benötigten Anreicherungsgrad entsteht eine erheblich größere Menge an UF₆, das einen Anteil von U-235 unter den natürlichen 0,7% hat. Der endgültige Verbleib dieses abgereicherten UF₆ ist bisher ungeklärt. In Gronau wurde es ursprünglich in Fässern neben der UAA unter freiem Himmel gelagert. Seit einiger Zeit wird ein Großteil des abgereicherten Urans zur "Weiterverarbeitung" nach Russland gebracht.

Brennelementherstellung

Das angereicherte UF₆ wird nach einer eventuellen Zwischenlagerung zur Brennelementefabrik transportiert. Dort erfolgt seine Umwandlung in festes Urandioxid (UO₂), welches in Pulverkonsistenz zu kleinen Zylindern verarbeitet wird. Diese sogenannten Uranpellets kommen danach in Hülsen aus einer Zirkonlegierung und werden verschlossen. Bei den fertigen Gebilden

handelt es sich um Brennstäbe. Zwischen 80 und 350 solcher Brennstäbe werden schließlich mittels Strukturteilen zu Brennelementen zusammengefügt. Danach erfolgt der Transport in ein AKW.

Nach der Aufgabe der Standorte Karlsruhe und Hannau gibt es in der BRD nur noch eine Anlage, in der

Brennelemente hergestellt werden, nämlich bei der Siemens-Tochter ANF in Lingen. Etwa 75% der Produktion wird im Inland verkauft. Bundesdeutsche AKW-Betreiber beziehen darüber hinaus fertige Uran-Brennelemente aus Schweden und Frankreich.

Transporte und Lagerung

Der Transport und die Zwischenlagerung des Urans geschehen in allen möglichen Verarbeitungszuständen (vom "Yellow Cake" bis zum Brennelement). Weil es keine staatlichen Reglementierungen bezüglich des Zweckes von Ein- und Ausfuhr gibt und die Entscheidung über das "Wann", "Warum" und "Wohin" der Urantransporte bei den Betreibern liegt, ist die Zahl der Transporte in der BRD sehr groß.

Als Beispiel hier ein häufig benutzter Transportweg von angereichertem Uran:

...mit dem Zug aus Sibirien nach Riga, von dort mit dem Schiff durch den Nord-Ostseekanal nach Hamburg, von dort mit dem LKW nach Travemünde und dann mit der Fähre nach Schweden.

In diesen Fällen wurden die Entscheidungen über Transporte lediglich nach wirtschaftlichen Interessen, keinesfalls nach Transport-sicherheit getroffen.

Folgen für Natur und Mensch!

Die ersten Betroffenen der schädlichen Auswirkungen der Atomenergienutzung sind die Bergleute in Uranbergwerken. Sie unterliegen neben den "normalen" bergmännischen Gesundheitsbeeinträchtigungen einer starken Belastung durch die beim Uranabbau entstandene hohe Konzentration von Radon. Diese sorgt für eine höhere Erkrankungsrate an Lungenkrebs. Radon und Staub werden während des Abbaus und durch die Arbeitsgänge in der Aufarbeitungsanlage in großem Maße freigesetzt. Durch die weitere Ausbreitung des Radon, ausgehend von Schlammdeponien und Bergwerkshalden, kommt es zur Verseuchung des Grundwassers. Somit sind die in Anbauregionen lebenden Menschen einer starken Belastung durch die Strahlung von Außen (Luft und Boden), durch Einatmung sowie durch Essen und Trinken ausgesetzt. Sie selbst haben meist keinen Nutzen von der Atomenergie. Außer den radiologischen Problemen werden durch den Uranerzabbau und die Uranaufbereitung weitere schwerwiegende ökologische Schäden verursacht. Das Erz enthält weitere giftige Stoffe (z.B. Blei, Quecksilber, Cadmium und Arsen), die in die Umwelt gelangen und Grund- sowie Oberflächenwasser verseuchen, Luft, Pflanzen und Tiere belasten. Durch die riesigen (Volumen bis zu 100 Mio. m³) Halden und Schlammdeponien werden Landschaft und Landschaftsbild nachhaltig zerstört.

Eine Sanierung ist, wenn überhaupt, nur mit immensem Aufwand möglich und war bis vor ca. 20 Jahren vorerst nicht vorgesehen. Die mengenmäßig und technisch unmögliche Beseitigung der Folgen des Uranbergbaus und der Aufbereitung stellen einen Teil des ungelösten Entsorgungsproblems der Atomenergienutzung dar.

Folgen und Verantwortung

Die Uranvorräte der Welt liegen zu ca. 72% unter dem Land indigener Völker wie z.B. der Indianer Nordamerikas oder von Aboriginalvölkern in Australien. Der Konflikt ist damit vorrauszusehen: Wenn deutsche Unternehmen zur "Sicherung der Energieversorgung" nach Uran suchen oder es abbauen, kommt es zur Konfrontation mit indigenen Völkern. Die indigenen Gemeinschaften, deren Subsistenzwirtschaft oft zu großen Teilen auf Jagd und Fischfang, Viehzucht oder Landwirtschaft basiert, werden durch die radioaktive Belastung am härtesten getroffen. Ihnen drohen nicht nur gesundheitliche Gefahren wie Lungenkrebs oder Kindesmissbildungen,

sondern ihr ganzes Sozialgefüge wird in Mitleidenschaft gezogen: die Subsistenzwirtschaft trägt die Familien nicht mehr, sie werden abhängig von Sozialhilfe und Wohlfahrt. Eine ganze Art zu leben, sich beispielsweise von Jagd und Fischfang zu ernähren, wie die Cree und Dene in Kanada vom Land zu leben, wie viele indigene Völker sagen, wird zerstört. Damit sterben nicht nur Einzelne, sondern ganze Kulturen und Lebensweisen werden vernichtet.

Nach Auffassung deutscher Uranfirmen ein ganz normaler Vorgang, denn: "Die Zerstörung der indianischen Gesellschaft und die damit verbundenen Probleme ... treten leider überall dort auf, wo traditionelle Wirtschaftsformen mit der modernen Industriekultur zusammentreffen ... Sie können für die Entwurzelung der Indianer nicht die wenigen kleinen Uranbetriebe verantwortlich machen."

So wird die Zerstörung der indianischen Kulturen einerseits zugegeben, aber andererseits jede Verantwortung abgestritten, ganz so als ob es sich dabei um ein Naturereignis handeln würde und nicht um geplante Vorhaben der Rohstoffausbeutung und um eine Politik des Völkermordes, wie sie beispielsweise die kanadische und die US-Regierung seit mehreren hundert Jahren gegen die indianische Bevölkerung des nordamerikanischen Kontinents führt.

Die Bundesregierung folgt der Argumentation der Unternehmen in den Antworten auf parlamentarische Fragen der Grünen und sieht keinerlei Verantwortung, weder bei sich noch bei den Uranfirmen.

Die Bundesregierung und "privatwirtschaftliche" Unternehmen bedienen sich einer Art Arbeitsteilung, mit der sie ihr gemeinsames Ziel, die Sicherung der Uranversorgung zu Lasten von Menschen, Menschenrechten und Landrechten indigener Völker für den Ausbau der sogenannten "friedlichen" Nutzung der Atomenergie, gegenüber der Öffentlichkeit verdecken: Die Regierung delegiert die Aufgabe der Uransuche und der Uranbeschaffung an "privatwirtschaftliche" Firmen. Für die Tätigkeit der einzelnen Uranfirmen im Ausland glaubt die Bundesregierung sich dann nicht mehr verantwortlich zeigen zu müssen.

Die Bundesregierung, die Landesregierungen und die Kommunen können daher nicht aus der Verantwortung für die Schäden und Bedrohungen entlassen werden, die durch Uranexploration und Uranabbau der Natur und Umwelt einerseits und den indigenen Völkern andererseits zugefügt werden.

Aber auch die Menschen in den industrialisierten Ländern sind verantwortlich für das, was indigenen Völkern in anderen Teilen der Welt angetan wird.

Wer macht sich schon bewusst, dass das Anschalten einer Glühbirne oder eines Elektroherdes bei uns radioaktive Verseuchung in anderen Teilen der Welt, insbesondere bei indigenen Völkern zur Folge haben kann?

Der nukleare Kolonialismus

"Der weitgehende Verlust des deutschen Bergbaubesitzes im Ausland als Folge des 2. Weltkrieges und die Zurückhaltung der deutschen Unternehmen ... angesichts des hohen technischen und wirtschaftlichen Risikos ... unterstrichen aus damaliger Sicht die Notwendigkeit staatlich flankierender Maßnahmen."

Wie das Zitat unmissverständlich zeigt, führt der Weg direkt vom Verlust der Kolonialgebiete zu den Explorationsförderprogrammen der Bundesregierung. Wurden zur Zeit des "klassischen" Kolonialismus andere Völker und Nationen militärisch überrannt und ihr Land mehr oder weniger gewaltsam besetzt, so wird heute durch den Kapitaleinsatz "privatwirtschaftlicher" Unternehmen mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung dasselbe Ziel angestrebt: Rohstoffe aus fremden Ländern für die eigene Wirtschaft zu sichern.

DER KOLONIALISMUS HAT EINE NEUE VARIANTE BEKOMMEN: ER IST NUKLEAR GEWORDEN.

Literaturhinweise:

Flugblattreihe gegen Atomstrom (2)
(Verdener Umeltwerkstatt e.V., Artilleriestraße 6, 27283 Verden, Tel.: 04231/957-571, Fax: 04231/957-573)

Rundbrief der Kampagne "Stoppt den Rüstungsexport" (Nr. 35)
(- Die deutsche Atombrut - Auslandsgehäfte der deutschen Atomindustrie -)
Herausgeber:
Kommunikationszentrum Idstein (KOMZI) e.V., Bahnhofstraße 18, 6270 Idstein und die Zeitschrift "atom", Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Ernte-Dank-Fest: „Die Saat geht auf“

(fb) Mal ein anderer Versuch sollte es werden. Nicht wie bisher, dass politische Gruppen an Stadtteil- und Straßenfesten einfach nur teilnehmen, nein dieses Mal wollten wir unser eigenes Straßenfest machen.

Die Vision: viele aktive Gruppen und Vereine tun sich zusammen und richten die Veranstaltung gemeinsam aus. Konkret sollte das so geschehen, dass der Rahmen – also Standgenehmigung, Medienarbeit, Stromversorgung, „Werbung“ – gemein-

sam organisiert werden; die Inhalte der Stände der einzelnen Gruppen sollten autonom gestaltet werden.

Die Idee von der gemeinsamen Vorbe-

ereitung heute dann doch nicht so ganz hin: Beim Vorbereitungstreffen waren nur drei oder vier Leute da, die anderen Gruppen hatten entweder keine Zeit



oder hielten das nicht für notwendig. Doch der Rahmen stand erstmal.

Als das größere Problem erwies sich die Vorbereitung der einzelnen beteiligten Gruppen auf ihre Stände. Platz war

genügend organisiert: der ganze Bereich auf dem Breiten Weg/Eingangsbereich Alter Markt, den sonst der Wochenmarkt nutzt. Sehr schöne Stände hatten z.B. ÖZIM und BUND. Unschön nur, dass mindestens drei Gruppen/Organisationen, die einen größeren Stand machen wollten, nicht auftauchten.

Soweit der Bericht vom Straßenfest. Was bleibt, ist unser Fazit aus dieser Aktion. Am selben Abend noch saßen ein paar Leute zur Auswertung des Tages zusammen. Ergebnis der Diskussion ist zuallererst dass dies nicht das letzte eigene Straßenfest gewesen sein soll. Es soll also 2002 eine weitere derartige Veranstaltung geben. Wichtige Erkenntnis aus dem letzten Anlauf ist für uns, dass die Vorbereitung frühzeitiger anlaufen sollte und versucht werden sollte, den beteiligten Gruppen ihre Verantwortung bewusster zu machen. Ob uns dies gelingen wird, werden wir in etwa einem Jahr wissen.

WAS SO ANSTEHT - EIN AUSBLICK

(kr) Auch für das Jahr 2002 haben wir uns wieder viele Aktionen und Treffen rund ums Thema Umweltschutz ausgedacht.

Zunächst einmal findet jeden ersten Freitag im Monat das Greenkidstreffen ab 19 Uhr in der Olvenstedter Str.10 statt. Am darauffolgendem Samstag dann das Schrottestautreffen, für alle Leute die gerne durch die Natur stromern und nach interessanten Tieren und Pflanzen Ausschau halten. Interessierte Leute können gerne mitkommen, wir treffen uns ab März jeden

ersten Samstag im Monat an der Endhaltestelle der Linie 6.

Für Leute die lieber festeren Boden unter den Füßen haben, gibt es da natürlich noch das Laber-Cafe´ im Thiembuktu. Dort treffen sich alle um einfach nur so zu labern also auch eine super Gelegenheit alle mal kennenzulernen. Das Thiembuktu findet ihr in der Thiembuktu Str. 13 und ab 18 Uhr an jedem dritten Freitag im Monat geht's los. Durch die günstige Lage eignet sich das Thiembuktu auch ausgezeichnet kurz vor dem Factory-Besuch mal rein

zu schauen.

Und nun zu den Aktionen, zu denen ihr natürlich auch gerne kommen könnt!

Am 30. März findet die Führjahrsaktion direkt am MVB Häuschen, Ecke Ernst-Reuter-Allee/ Breiter Weg ab 12 Uhr statt. Was wir da anstellen wird noch nicht verraten.

Zum Tschernobyl Tag am 26.4. machen wir auch dieses Jahr wieder eine Aktion, die an die Katastrophe von Tschernobyl 1986 erinnern soll. Es geht ab 15 Uhr in der Innenstadt los.

Am 19.6.2002 ist der jährliche Kinder-

JAHRESAUSBLICK

Umwelt-Tag, wo wir natürlich auch eine Aktion machen. Es werden Nistkästen gebaut, Baumwolltaschen bemalt, Papier geschöpft und noch vieles mehr gemacht was umweltfreundlich ist und Spaß macht. Der nächste Jahrestag an den wir mit einer Aktion erinnern wollen, ist der vom Atombombenabwurf auf Hiroshima am 6. August. Auch hier werden wir uns um 15 Uhr an einem Platz in der Innenstadt (nähere Infos im grünen blatt oder Zeitung) treffen um mit einem großen Stand, Plakaten, Transparenten, Informationsstellwänden, Kranich-Basteltisch und Gedenkstelle für

die mehr als 200 000 Opfer, die Erinnerung an das Inferno wachzurufen. Wir werden außerdem ein "Die in" durchführen und Infomaterial verteilen. Vom 16.-18. 8. 2002 wird Greenkids mit einem Stand in Burg beim Sachsen-Anhalt-Tag vertreten sein. Dort werden wir uns selbst vorstellen, Infomaterialien und Broschüren verteilen, Kinder können auch Baumwolltaschen bemalen oder Nistkästen bauen. Einen Stand werden wir auch beim Straßenfest am 7. Dezember 2002, auf dem

Breiten Weg vor Mc Donalds bis Eingangsbereich Alter Markt haben. Von 11-18 Uhr tauschen wir umweltschädliche Plastiktüten gegen ökologische wiederverwendbare Baumwolltaschen, diese können auch an unseren Stand mit umweltfreundlicher Stoffmalfarbe bunt bemalt werden. Am 14. Dezember 2002 findet unsere letzte Aktion für das Jahr 2002 statt, die Weihnachtsaktion. Unser Stand wird sich vor dem MVB -Häuschen befinden und ab 12 Uhr gießen wir Kerzen und geben den BürgerInnen Tips für umweltfreundliche Geschenkverpackungen zu Weihnachten.

Garten Eden: Anders Leben in Magdeburg

(fb)Entstanden ist die Idee beim Ökowochenende im Sommer 2001. Ein leerstehendes Gebäude und Gelände soll nach ökologischen Kriterien zu einem lebensfrohem Wohnumfeld werden. Dort sollen Menschen zusammen leben, politisch und kulturell aktiv sein und ein Stück Utopie leben können.

Die Idee hat mittlerweile Form angenommen. Im Dezember 2001 trafen sich viele Leute, die ein solches Projekt realisieren wollen. Es gibt auch schon konkrete Ideen, wie dieses neue Hausprojekt in Magdeburg aussehen könnte: Umweltbibliothek, Aktions- und Seminarraum, Vokü, Bastelwerkstatt, Fahrradwerkstatt etc. Aufs Dach könnten Solaranlagen; Toiletten könnten mit Regen- und Brauchwasser gespült werden.

Es gibt auch die Idee eines freien Büros

für alle (emazipatorisch interessierten) Leute, wo Computer und Technik für Recherchen, Layout etc. bereitgestellt

aussehen wird, ist noch offen. Es wird bis zur Realisierung (frühestens 2003) einen basisdemokratischen Entwicklungsprozess geben, an dem alle Interessierten teilhaben können und sich einbringen sollten.

Auch über die Form des Zusammenlebens der Menschen in dem Haus – denn es soll auch viele Wohnräume geben – werden wir uns noch austauschen. Von der „ganz normalen“ WG bis zur Kommune (oder noch weiter?) ist alles offen...



werden. Wie genau „Garten Eden“ letztlich

aussehen wird, ist noch offen...

Ich will Abo !!!

Ich abonniere ab sofort das "grüne blatt" für ein Jahr!

Bitte schick mir jeweils ein Exemplar (7,-DM/Jahr) 10 Exemplare (20,- DM/Jahr)
 Ich habe Briefmarken / Bargeld beigelegt. Schick das grüne blatt bitte an:

Name _____ Anschrift _____

grünes blatt



Ausschneiden und ab an: grünes blatt, c/o Greenkids Magdeburg e.V., Postfach 32 01 19, 39040 Magdeburg

"Was ist antiemanzipatorisch?"

(zum Text "Zu "Rechte Ökologie" der BUND-FunktionärInnen Oliver Wen-denckamp und Julia Bunzek)

Als regelmäßiger Leser des "grünen Blattes" (es gibt wenig gute, emanzipatorische Ökologiezeitungen in Deutschland ... umso größer die Freude, wenn dieses Blatt erscheint!) laß ich in der letzten Ausgabe etwas unfreiwillig meinen Namen (neben dem von Oliver Geden). Warum der dort steht, wird aus diesem Text gar nicht deutlich. Klug werden zunächst Fragen gestellt - ob die Namen für schlechte Recherche stehen oder nicht zu Ende gedachte Darstellung von faschistoiden Ansätzen. Geschickt gemacht - Andeutungen statt Aussagen und Argumente, so bleibt den AutorInnen erspart, irgendwas belegen zu müssen. So geht es auch weiter: Zu Hubert Weinzierl wird gesagt: "ein Faschist vom Gruhl'schen Kaliber ist er lange nicht." Auch sehr geschickt, denn weder Oliver Geden noch ich haben das je behauptet. Wieder nur eine Andeutung und keine Aussage von Oliver oder mir tatsächlich zitiert und widerlegt.

Soweit dazu - eine Auseinandersetzung im Sinne einer guten Streitkultur ist nur dann möglich, wenn mensch sich bemüht, sich aufeinander zu beziehen. Und nicht Aussagen des anderen erst erfinden, um sie dann zu kritisieren.

Der Text der beiden BUNDlerInnen aber ist noch aus einem anderen Grund wichtig. Im zweiten Teil wird die Frage in den Mittelpunkt gestellt, ob denn die Natur ein Wert an sich ist oder alles durch den Menschen bewertet wird. An dieser Frage

ist eine Diskussion in der Tat interessant. Und zwar aus zweierlei Gründen: Erstens ist der "Wert an sich" ein Widerspruch in sich. Denn auch die Definition, daß die Natur einen Wert an sich hat, macht der Mensch. Insofern gibt es den Wert an sich gar nicht, sondern der Wert an sich ist eben ein vom Menschen vergebener Wert. Das gilt auch für Menschenrechte - ja für alles. Zum zweiten ist aber auch wichtig, hinter der "Wert an sich"-Debatte das antiemanzipatorische zu sehen. Was antiemanzipatorisch ist, ist dann auch anfällig für eine Vermischung mit rechten, z.B. biologistischen Mustern. Antiemanzipatorisch ist ein "Wert an sich" deshalb, weil der den Menschen die Entscheidungsmöglichkeit, also einen wesentlichen Teil der Selbstbestimmung nimmt. Wenn die Wertung nicht mehr den Menschen obliegt, sondern einer religiösen, staatlichen oder sonstigen Festlegung, geht Selbstbestimmung verloren. Und alles wird manipulierbar. Denn den "Wert an sich" gibt es ja nicht (siehe oben). Alles wird von Menschen festgelegt. Der "Wert an sich" (ähnlich wie ein Gesetz oder ein Glaubensgrundsatz) ist von irgendwelchen Menschen definiert - mit dem Trick des "Wert an sich" entziehen sie ihre Festlegung aber jetzt der Diskussion. Und genau das ist antiemanzipatorisch.

Nein - wir müssen in einer emanzipatorischen Ökologie genau andersherum denken. Es ist keine Schwächung, wenn Bäume, Flüsse, Tiere oder das Klima kein "Wert an sich" sind. Denn das ist ein schwaches Argument. Es geht darum, in der Gesellschaft zu erkämpfen, daß viele Men-

schen die Natur genauso wie alle ihre Mitmenschen als "wertvoll" einstufen - nicht weil sie ein "Lebensrecht an sich" haben, sondern weil eine bunte, vielfältige Gesellschaft der Menschen und ein Leben in der Natur einfach geiler sind! Weil das Kooperative gegenüber dem Konkurrierenden, dem Ausschaltenden und Verdrängenden, die spannendere und menschlichere Gesellschaft entstehen läßt. Wir dürfen die Menschen nicht entmündigen und ihnen etwas vor-schreiben, sondern sie selbst zu den Wertenden machen. Dafür ist notwendig, daß sie auch entscheiden können - und darum ist Umweltschutz am besten zu verwirklichen, wenn sie mit der Selbstbestimmung verknüpft wird. Solange Herrschaft besteht, können Menschen andere Menschen und die Natur ungefragt ausbeuten und die Folgen auf andere abwälzen. Wenn Herrschaft verschwindet (zerschlagen, "abgewickelt" wird), entsteht die Situation, in der Menschen ein eigenes Interesse entwickeln, ein kooperatives Verhältnis zu Menschen und Natur zu entwickeln. Das alles ist eine wichtige und spannende Frage - ich diskutiere sie gerne weiter, schriftlich, auf Treffen oder auch Veranstaltungen, gerne auch in Magdeburg.

Jörg Bergstedt

(Zur Debatte um "Umweltschutz von unten" siehe <http://go.to/umwelt>, zu "Freie Menschen in Freien Vereinbarungen" siehe www.opentheory.org/gegenbilder)

Hallo,

im aktuellen (letzten Anm. d. Red.) Grünen-Blatt schneidet Ihr ja ein heißes, aber verdrängtes Thema an. Oliver Geden ist übrigens nicht der Erste, der sich mit diesem brisanten Thema befasst. Bereits um 1990 hat Rudolf Bahro in seinem Buch "Logik der Rettung" Ähnlichkeiten zwischen der braunen und der grünen Bewegung dargestellt. Zugleich ist er mit den grünen Realos hart ins Gericht gegangen, da er eine rein auf technischem Fortschritt basierenden Entwicklung zu einer naturverträglichen Wirtschaftsweise für unzureichend, wenn nicht gar für unmöglich hielt. Wir können von Glück reden, dass bisher nur ein paar rechte Intellektuelle das Öko-Problem für sich erkannt haben. Bahro selbst wird ja selbst von manchen Kritikern als Öko-Faschist geschmaecht, manche seiner Ausführungen können durchaus so (miss-)verstanden werden. So z.B. wenn er ein unabhängiges aber gegenüber dem Rest der Welt weisungsbehaftetes Gremium vorschlägt (nicht fordert!), das alle gesellschaftlichen Entwicklungen bzgl. seiner ökologischen Auswirkungen be-

urteilen und ggf. einschreiten soll. Ebenso wenn er schreibt, die Demokratie steht zur Disposition, wenn es ums Überleben geht, wobei er deutlich erklärt, was er damit meint: auch für ihn ist eine demokratische Entwicklung zu einer naturverträglichen Gesellschaft wünschenswert, sie setzt aber voraus, dass die dafür noch zur Verfügung stehende (Rest-)Zeit, konsequent für eine Umwandlung der heutigen Industriegesellschaft in hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise genutzt wird. Wird dies versäumt, wird sich die Natur ihr Recht verschaffen, egal wie. Sie wird u.U. nicht warten, bis unsere Parlamente, Bürokraten, Konzerne und die gesamte Bevölkerung endlich bereit sind, freiwillig umzudenken. Eine solche Entwicklung ist nicht deswegen im Bereich des Möglichen, weil ein paar "Ökofaschisten" sie so wollen, sondern weil der ökologische Wahnsinn, der unser Alltag ist, gegen elementare Naturgesetze verstößt, z.B. gegen die einfache Tatsache, dass unbegrenztes Wachstum mit begrenzten Ressourcen nicht funktionieren *kann*! Technische Entwicklungen wie regenerat-

ive Energie-Erzeugung oder Brennstoffzellen-Autos sind zur Verhinderung (Verzögerung?) eines Crashes unbedingt notwendig, werden aber ohne Einschränkungen insbesondere seitens der Industrieländer nicht ausreichen. Der Vorteil der entwickelten Länder dabei ist, dass sie riesige Einsparpotentiale haben, ohne dass sich die Lebensqualität wesentlich verschlechtert. Einfachstes Beispiel Fahrrad statt Auto.

In diesem Zusammenhang muss auch die im Grünen Blatt 3/2001 auf S. 9 aufgeworfene Aussage, Menschenrechte + Gerechtigkeit müssten gegenüber dem 'Lebensrecht ...' zurückstehen, gesehen werden. Natürlich sind gerechte und menschenwürdige Lösungen der ökologischen Probleme vorzuziehen, aber es sind Entwicklungen denkbar, wo wir diese Entscheidungsfreiheit evtl. gar nicht mehr haben. Momentan sieht "Gerechtigkeit" in ökologischen Fragen ohnehin so aus, dass ein Grossteil der Armen dieser Welt einen guten Teil der Umweltschäden tragen müssen, die die Reichen verursachen.

Christoph Maercker

Brandanschlag auf alternatives Café

In der Nacht zum Montag (28.01.2002) haben Unbekannte einen Brandanschlag auf das "Thiembuktu", ein alternatives Café in Magdeburg, verübt. Wir vermuten einen faschistischen Hintergrund für die Tat. Das Thiembuktu ist einer von zwei wichtigen Treffpunkten "linker Leute" in Magdeburg.

Kurz nach 1 Uhr morgens schlugen die Täter Scheiben des Cafés ein, schütteten Brandbeschleuniger herein und zündeten die Kneipe an.

Zeugen sahen drei verummte Personen flüchten.

Über dem Thiembuktu wohnen etwas mehr als ein Dutzend junger Leute. Glücklicherweise breitete der Brand sich nicht auf die Wohnungen aus.



KONSTRUKTIVES MITEINANDER IN DER GRUPPE

(sb)Allerorts plagt Vereine und Gruppen dasselbe Problem: Die Arbeit häuft sich - doch häufig nur bei einigen. Die Zeit sitzt allen und jederzeit im Nacken. Kreative Ideen haben Seltenheitswert erlangt und infolge der ausbleibenden Erfolgserlebnisse ist die Stimmung gereizt, sackt die Motivation in den Keller. Bei einer Zukunftswerkstatt im Juni vergangenen Jahres bildete sich daher eine Arbeitsgruppe heraus, die es sich zum Ziel gemacht hatte, ein "Konzept" für ein konstruktiveres Miteinander in der Gruppe zu entwickeln. Hier das Ergebnis:

Das erste Schema widerspiegelt das Resultat der Phantasiephase. Es veranschaulicht, wie sich die Gruppe die idealen Voraussetzungen für solch ein konstruktives Miteinander vorstellt; wie die Gruppe arbeiten und miteinander umgehen soll - also praktisch das "Ziel". Wie aber lässt sich nun dieses Ziel erreichen? Die Antwort auf diese Frage findet sich im zweiten Schema und liebt sich etwa so:

Der Kernpunkt ist mal wieder die Zeit. Nur wenn ich genug Zeit habe

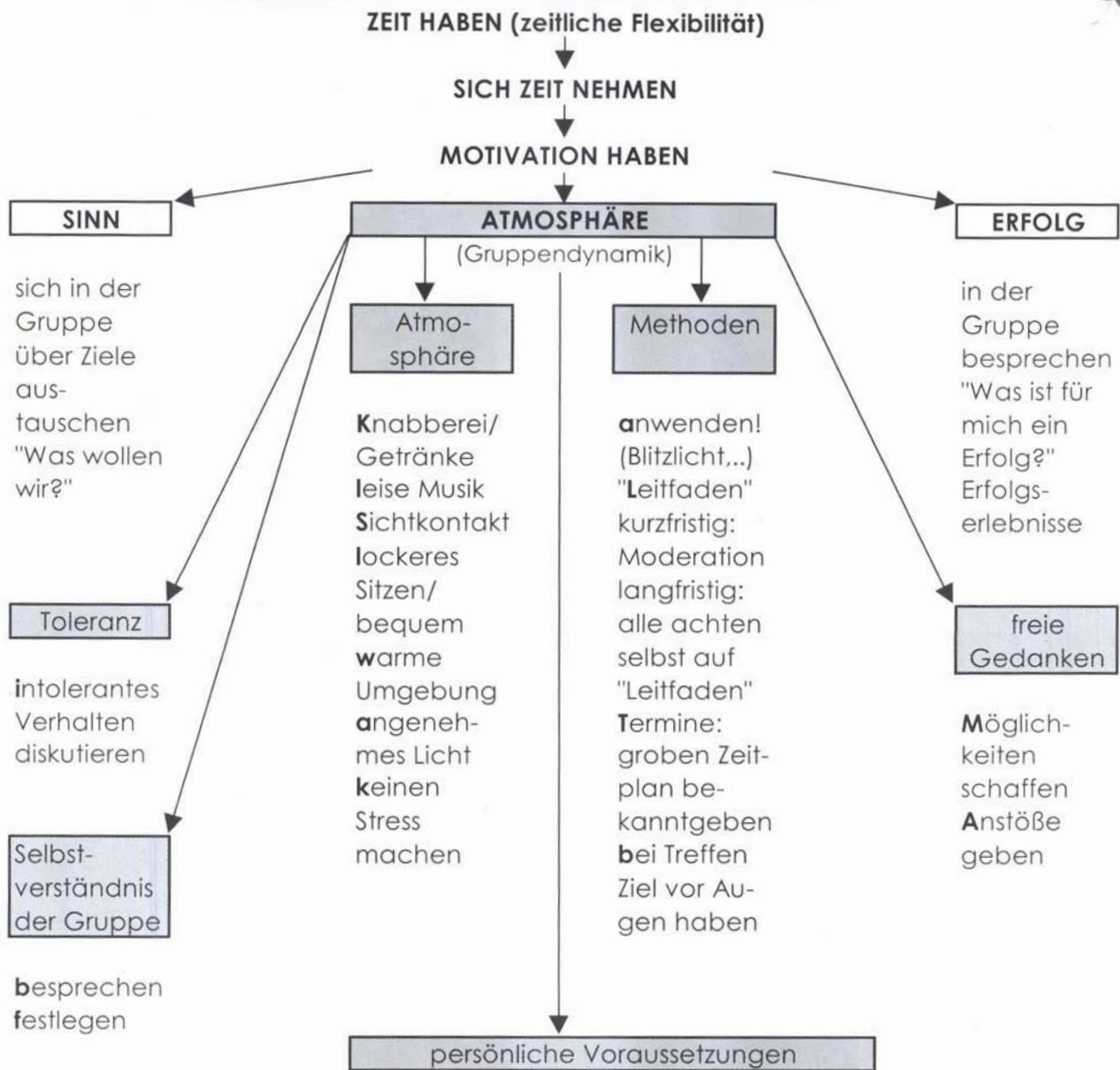
zum Arbeiten, Diskutieren, zum aktiv und kreativ sein, kann auch etwas dabei herauskommen. Diese Zeit kommt jedoch nicht einfach irgendwoher - ich muss sie mir bewusst für die Gruppenarbeit nehmen. Was aber bringt mich dazu, meine Fernseh-Show sausen zu lassen und stattdessen über einer neuen Aktion zu brüten? Bingo - die richtige Motivation! Um motiviert zu sein sollte ich in dem, was ich tue möglichst auch einen Sinn entdecken, Erfolge erleben die mir zeigen, dass mein Einsatz nicht "umsonst" ist und auch die Atmosphäre in der Gruppe sollte eine angenehme sein. Letzteres soll durch die Umsetzung der Punkte erreicht werden, die unter den Begriffen "Selbstverständnis", "Toleranz", "freie Gedanken", "Methoden" und "persönliche Voraussetzungen" aufgeführt sind.

Die (Arbeits-)Atmosphäre sollte so entspannt wie möglich gestaltet werden. Es sollten mehr Möglichkeiten geschaffen und mehr Anstöße gegeben werden, Gedanken frei zu äußern. Methoden wie Blitzlicht oder

Brainstorming sollten auch tatsächlich angewandt werden. Auch ist es wichtig, dass die Gruppe ihr Ziel nicht völlig aus den Augen verliert- sie braucht einen "Leitfaden". Kurzfristig könnte eine Moderation dafür sorgen, dass dieser eingehalten wird, später sollte möglichst jedeR von selbst darauf achten, beim Thema zu bleiben. Intolerantes Verhalten sollte diskutiert werden, anstatt es einfach zu ignorieren oder die betreffende Person dafür anzuprangern und auszugrenzen. Außerdem sollte die Gruppe ihr Selbstverständnis mit allen gemeinsam besprechen und auch festlegen.

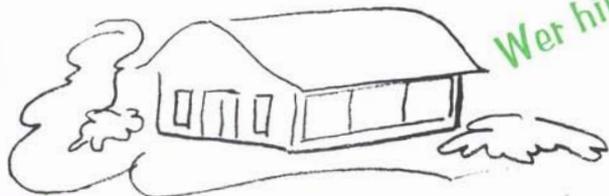
Doch soll sich die Situation in einer Gruppe tatsächlich zum Positiven verändern, muss zunächst natürlich jedeR bei sich selbst beginnen. Dazu ist es wichtig, das eigene Verhalten selbstkritisch zu betrachten, zu überdenken und eventuell auch bereit zu sein, es zu ändern.

(Grafik siehe rechts -->)



Appell zur Selbstkritik:
Bewusstmachen Verhältnis Lebenseinstellung <---> Gruppe
sich selbst zurücknehmen
sich in andere hineinversetzen
festgefahrene Gedanken lösen
Verantwortung übernehmen
mitdenken
zuhören
sich einbringen

Ökologischer Umbau unseres neuen Seminargebäudes!



Wer hilft mit?

Wir suchen Partner:

- mit Ideen und Tatkraft für den Umbau!
- die Lust auf anderweitige Mitarbeit als Mitglied haben!



Bitte melden bei Maria Nitschke Tel.: 0391/7315980

Kriegsdienstverweigerung in Israel

"Es ist mir unmöglich in einer Organisation zu dienen, die Gewalt und Aggression anwendet"

Jonathan Ben Artzi versucht in Israel den Kriegsdienst zu verweigern

Junge Männer in Israel müssen 3 Jahre Militärdienst leisten, so auch Jonathan Ben Artzi. Die Möglichkeit wie in Deutschland aus Gewissensgründen diesen Dienst zu verweigern gibt es nicht. Doch Jonathan ist überzeugter Pazifist und nicht bereit in einer Armee zu dienen, da diese Gewalt als Prinzip der Konfliktlösung anwendet er ist der Meinung, dass dies der falsche Weg ist und es Alternativen gibt. Er geht sogar so weit zu sagen, dass Israel keine Armee brauche, eine gewagte und vor allem seltene Meinung in solch einem hochgerüsteten Land, in dem der Militärdienst ein wichtiger Punkt im Lebenslauf ist.

Gerade hat er genau zu seinem Geburtstag wieder eine Ablehnung der Gewissenskommission, einem internen Gremium des israelischen Militärs, bekommen. Das Ergebnis war nicht überraschend und ihm droht jetzt die Inhaftierung im Militärgefängnis, da er nach einer Einberufung nicht zum Dienst erscheinen wird. Jetzt will er zum zweiten Mal vor dem Obersten Gerichtshof klagen.

Im Frühjahr 2000 musste er das erste mal vor der Gewissenskommission aussagen und wurde für ein Jahr zurückgestellt, doch nach dieser Zeit wurde seine Verweigerung bei einer erneuten Anhörung nicht anerkannt. Daraufhin zog er vor den Obersten Gerichtshof und umging auf diese Weise erstmal die Einberufung. Das Gericht entschied er solle ein weiteres mal zur Kommission, jedoch dürfe er mit einem Anwalt und schriftlichen Zeugenaussagen betrefflich seines Pazifismus erscheinen. Doch offensichtlich hat auch dies nicht geholfen, doch er will nicht aufgeben.

Eines seiner Argumente vor Gericht war die Diskriminierung, da streng religiöse Ultra-Orthodoxe Juden reihenweise vom Militärdienst befreit werden um ihren Tora-Studien nachzugehen. Wer aber aus nicht religiösen Gewissensgründen, z.B. Pazifismus, nicht zum Militär will hat keine offizielle Möglichkeit. Schon der mit einer Kriegsdienstverweigerung verbundene Aufwand und der Mangel an Informationen und Bildung zu diesem

Thema halten eine Menge potentieller Verweigerer von diesem Vorhaben ab. Viele nutzen den Weg sich vom Militär als geistig oder körperlich unbrauchbar einstufen zu lassen, doch auch sie haben im späteren Leben Nachteile zu befürchten. Kaum mehr als ein halbes Dutzend junge Männer schlagen jedes Jahr konsequent den Weg der Verweigerung ein. Die Kommission, die ihre Ansichten überprüfen soll ist fast nur von Militärs besetzt, bietet so keinen Objektiven Standpunkt und versucht vor allem die Einstellung des Antragstellers doch noch mit bestimmten Posten der Armee in Einklang zu bringen seit 1995 hat sie gerademal eine handvoll Verweigerer anerkannt. Auf eine Ablehnung folgt eine Gefängnisstrafe von einigen Wochen im Militärgefängnis und von einem Militärgericht verhängt wenn man der Einberufung nicht Folge leistet. Nach Freilassung kommt eine erneute Einberufung, bis die Armee die Aussichtslosigkeit einsieht und eine andere Kommission den Verweigerer für unbrauchbar erklärt. Die Gesetzeslage würde sogar weitaus härtere Bestrafungen zulassen.

Die Situation ähnelt derer von Totalverweigerern in Deutschland, die auch einen erzwungenen Ersatzdienst ablehnen.

Junge Frauen, die nur 2 Jahre zum Militär müssen, haben es etwas einfacher den Militärdienst zu verweigern, auch wenn sie trotzdem einige Hürden zu überwinden haben. Religiöse Mädchen wiederum haben es recht einfach und es gibt die Möglichkeit einen Ersatzdienst zu leisten, der die gleichen Sozialvorteile wie ein Militärdienst bietet. Auch viele religiöse Siedlerinnen nehmen dies in Anspruch, während ihre Familie in besetztem Gebiet mit hohem Militäraufwand, zulasten der palästinensischen Bevölkerung in der Umgebung, geschützt wird.

Arabische Bürger müssen nicht zum Militär. Nur die Volksgruppe der Drusen, bei denen sich Israel der Loyalität gewiss ist, werden eingezogen, sofern sie nicht streng religiös sind. Doch viele Drusen haben ein Problem damit in einer Armee zu dienen, die gegen andere Araber kämpft und stossen genauso wie die jüdischen Israelis auf fehlende Akzeptanz bei ihrer Verweigerung aus Gewissensgründen.

Da die israelische Armee dauerhaft als Besatzermacht in den Nahostkonflikt involviert ist gibt es neben den allgemeinen Kriegsdienstverweigerern aber auch noch spezielle Verweigerer, deren Zahl seit Ausbruch der aktuellen Intifada wieder stark angestiegen ist. Diese sehen zwar eine Notwendigkeit in der Verteidigung, lehnen jedoch die Besetzung und die damit verbundene Unterdrückung der Palästinenser ab und weigern sich als Folge in den besetzten Gebieten stationiert zu werden oder andere damit in Verbindung stehende Aufgaben wahrzunehmen. Dies kommt besonders bei Reservesoldaten vor. Hierbei wird von den Vorgesetzten oft der Kompromiss gesucht und die Verweigerer werden in anderen Bereichen eingesetzt, doch einige werden von Disziplinar-Offizieren zu Strafen von bis zu einem Monat Militärgefängnis verurteilt. Innerhalb des letzten Jahres kamen über 30 Gewissensverweigerer in Gefängnisse, die meisten davon spezielle Verweigerer.

Mit der fehlenden rechtlichen Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen, der stark variierenden Behandlung verschiedener Personengruppen und der Inhaftierung von Verweigerern nach der Verurteilung durch militärische Gerichte ohne Anwesenheit eines Anwalts verstößt Israel gegen internationale Abkommen, denen es zugestimmt und die es ratifiziert hat. In anderen "westlichen" Ländern gibt es in der Regel als rechtlich anerkannte Möglichkeiten zumindest einen nicht militärischen Ersatzdienst zu machen, sofern überhaupt noch eine Wehrpflicht besteht.

Ein völliger Aussenseiter ist Jonathan durch seine Einstellung nicht, seine Freunde, von denen er viele schon sehr lange kennt, leisten alle ihren Militärdienst viele in Aufklärungseinheiten während er schon an der Jerusalemer Universität Physik studiert. Er meint viele beneiden ihn deshalb, doch er wäre auch bereit einen Ersatzdienst zu leisten, falls diese Möglichkeit existieren sollte. So muss er weiter für sein Recht kämpfen und helfen, den Weg hoffentlich für andere Jugendliche ein Stückchen zu vereinfachen.

Jonas Lähnemann



Termine, Veranstaltungen und Aktionen

| Datum | Veranstaltung | Info bei |
|---------------------|---|-------------------|
| 1. So. jedes Monats | Friedensweg durch die Colbitz-Letzlinger Heide | OFFENE HEIDEHEIDE |
| 1. Fr. jedes Monats | Greenkidstreffen im GK-Büro um 19 ⁰⁰ | GK |
| 2. Fr. jedes Monats | Plenum um 17 ⁰⁰ im Thiembuktu | AntiCastorMD |
| 3. Fr. jedes Monats | Café im Thiembuktu ab 18 ⁰⁰ | AntiCastorMD |
| 4. Fr. jedes Monats | K00-Treffen im Thiembuktu um 17 ⁰⁰ | AntiCastorMD |
| 04/05.01.2002 | Treffen z. "Garten Eden"-Projekt Freitag 16 ³⁰ im Thiembuktu | GK |
| 01.02.2002 | Redaktionssitzung grünes blatt um 18 ⁰⁰ Uhr im GK-Büro | grbl |
| 11.-15.02.2002 | Seminar "Regenwald"-Gefährdung, Hintergründe, Zukunft; Magdeburg | NAJU |
| 15.-17.02.2002 | Prozesstraining im Thiembuktu ab 16 ³⁰ Uhr | AntiCastorMD |
| 18.-20.02.2002 | Seminar "Wer kennt Otto Fischer?" - Bestandsaufn. im Drömling; Oebisfelde | NAJU |
| 02.03.2002 | Schrotestau-Treffen um 11 ⁰⁰ Uhr an Endhaltestelle d. Linie 6 (MD-Diesdorf) | GK |
| 22.-24.03.2002 | Seminar "Manufaktur" - junge Leute erlernen altes Handwerk; Bobbe | NAJU |
| 30.03.2002 | Frühjahrsaktion | GK |
| 30.03.2002 | Diskussionsrunde "Leben ohne Geld" um 18 ⁰⁰ Uhr im Thiembuktu | AntiCastorMD |
| 02.-05.04.2002 | Seminar "Erlebter Frühling"; Eggenstedt | NAJU |
| 02.-05.04.2002 | Seminar "Anders Leben"; Ökodorf Sieben Linden/Poppau | NAJU |
| 05.04.2002 | Redaktionssitzung grünes blatt um 18 ⁰⁰ Uhr im GK-Büro | grbl |
| 06.04.2002 | Schrotestau-Treffen um 11 ⁰⁰ Uhr an d. Endhaltestelle d. Linie 6 (MD-Diesdorf) | GK |
| 06.04.2002 | Nachbereitungstreffen zur Frühjahrsaktion um 15 ⁰⁰ Uhr im GK-Büro | GK |
| 08.-10.04.2002 | Seminar "Großtrappen" - neues von den Dinosauriern des Ostens; Jerichow | NAJU |
| 22.04.2002 | Internationaler Earth Day | |
| 26.04.2002 | Tschernobyl-Aktion um 15 ⁰⁰ Uhr in der Magdeburger Innenstadt | GK |
| 03.05.2002 | Tschernobyl-Tagung um 15 ⁰⁰ Uhr in Magdeburg | GK |
| 03.-05.05.2002 | Seminar "Ökolandbau" - alle reden davon, wir praktizieren ihn; Deetz | NAJU |
| 04.05.2002 | Schrotestau-Treffen um 11 ⁰⁰ Uhr an d. Endhaltestelle d. Linie 6 (MD-Diesdorf) | GK |
| 04.05.2002 | Nachbereitungstreffen zu den Tschernobyl-Aktivitäten um 15 ⁰⁰ Uhr im GK-Büro | GK |
| 24.-26.05.2002 | Seminar "Linse 02" - Jugend fotografiert Natur. Tipps, Tricks & mehr; Colbitz | NAJU |

Adressen:

AntiCastorMD
c/o BUND
Olvenstedter Straße 10
39108 Magdeburg
Tel.: 01 73/9 71 42 70
E-Mail: AntiCastorMD@gmx.de
http://AntiCastorMD.multi
servers.com

BI OFFENE HEIDE:
Bürgerinitiative OFFENE HEIDE
Helmut Adolf
Vor der Teufelsküche 12
39340 Haldensleben
Tel.: 03 904/4 25 95
Fax: 03 904/46 49 33

BUJU:
BUNDjugend Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsstelle
Olvenstedter Straße 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/5 44 09 78
Fax: 03 91/5 41 52 69

BUND:
Bund für Umwelt und Natur-
schutz Sachsen-Anhalt e.V.
Landesgeschäftsstelle
Olvenstedter Straße 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 33 361
Fax: 03 91/54 15 270
E-Mail:
bund.sachsen-anhalt@bund.net

Greenkids:
Greenkids Magdeburg e.V.
Postfach 32 01 19
39040 Magdeburg
Hausanschrift:
Olvenstedter Straße 10
39108 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 33 861
Fax: 03 91/54 33 861
E-Mail: mail@greenkids.de
www.greenkids.de

NABU:
Naturschutzbund Sachsen-
Anhalt e.V.
Landesgeschäftsstelle
Schleifufer 18a
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/56 19 350
Fax: 03 91/56 19 349
E-Mail: mail@nabu-lsa.de
www.nabu-lsa.de

NAJU:
Naturschutzjugend im NABU
Sachsen-Anhalt
Landesgeschäftsstelle
Schleifufer 18a
39104 Magdeburg
Tel.: 03 91/54 37 37 5
Fax: 03 91/56 19 349
E-Mail: mail@naju-lsa.de
www.naju-lsa.de

ÖZIM:
Öko-Zentrum und -Institut
Magdeburg e.V.
Harsdorfer Straße 49
39110 Magdeburg
Tel.: 03 91/7 31 59-80
Fax: 03 91/7 31 59-82
E-Mail:
oezim@t-online.de
www.oezim.here.de

Ein Stückchen Realität Staat & AtomkraftgegnerInnen

(fb) Alles fing an mit der Gründung des AntiCastorNetzes in Magdeburg. AtomkraftgegnerInnen aus der Stadt und Umland taten sich zusammen, um gegen die herrschende Atompolitik aktiv zu werden. Das taten sie mit vielfältigen Aktionen, Infoständen, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit. Zeitweise gab es wöchentlich mehrere Aktionen und Infoveranstaltungen. Viele Leute wurden auf die Atomproblematik aufmerksam gemacht.

Soviel Engagement ist doch verdächtig! Das erkannte auch das Landeskriminalamt, das von nun an fleißig Informationen über die Organisation sammelte. Aus einem Anruf des Herrn Raschke (Apparat 2502714) auf das Castor-Infofon ging hervor, dass diese Einrichtung sowohl über die Aktivitäten wie auch Aktive eine Menge Daten recherchiert hatte. Ob auch andere Dienste Interesse an der politischen Arbeit der Gruppe haben, ist noch nicht ganz klar.

Sicher hingegen ist, dass (nicht nur in Magdeburg) politisch aktive Menschen, in diesem Falle AtomkraftgegnerInnen, vom Staat mit Repression für ihr Engagement für eine andere, bessere Gesellschaft belohnt werden. Da passiert es schon, dass die Polizei mit einem Sixpack vor der Tür steht, um zu prüfen, ob der Anti-Atom-Aktivist denn tatsächlich da wohnhaft ist, wo er gemeldet war. Bei solchen Überprüfungen kann es schon mal peinlich werden. Da der Betreffende auch ein Postfach als Adresse verwendete, versuchten PolizistInnen herauszubekommen, ob er in jener Postfiliale wohne.

Aber dem nicht genug. Wenn ein Atomkraftgegner postalisch und telefonisch nicht erreichbar ist, kann polizist sich ja auch an die Verwandtschaft wenden. Das ist in Ordnungswidrigkeitsverfahren zwar nicht unbedingt üblich, aber so lässt sich die Sorge um unser Klientel am besten ausdrücken. Also: Eltern kriegen Post und Anrufe auf den AB, Großeltern werden auch täglich angerufen, um zu fragen, ob der Enkel nicht mal Lust habe, mit den besorgten Polizisten zu plaudern.

Das Misstrauen der Staatsschützer zeigte sich auch so immer wieder: Wenn ein Infostand angemeldet wird, schnell noch die Vorwarnung angebracht, dass keine Fässer vor den Bahnhof zu rollen sind (der Stand war allerdings vor Karstadt!) und jede Zuwiderhandlung mit Anzeige vergolten werde.

Es gab auch lustige Situationen wie zum Straßenfest im Oktober, wo ein militärisch anmutender (war ja kurz nach dem 11. September) BGS aggressiv das (dazugesagt: angemeldete) Straßenfest bemerkte (!) und erstmal an der Erlaubnis dazu zweifelte. Dazugesagt: die Bundesgrenzschützer gingen geradezu auf den Stand des Castornetzes zu, obwohl andere näherliegend gewesen wären. Später wurde dann angeboten, wenn mensch denn eine Demo (wegen des

Vergeltungskrieges gegen Afghanistan) machen wolle, so wäre das OK; wir sollten aber Bescheid sagen. Offen gesagt, hatte das niemand vor, aber die Polizei vermutete wohl hinter jeder Ansammlung von Leuten eine bevorstehende Aktion (nachdem sie zweimal versagt hatte und nicht angemeldete Demos aus Protest gegen Castortransporte stattgefunden hatten).

Nun gut, die Mittel der hiesigen Polizei im Umgang mit politisch Aktiven scheinen oft in kleinen Schikanen, Bespitzelung und martialischem Auftreten zu liegen.

Mehr Erfahrung hat da schon die baden-württembergische Polizei. Die musste schließlich schon mit der Friedensbewegung der 80er Jahre fertigwerden und hat sich einige schlaue Strategien ausgedacht. Dazu gehört es, den politischen Gegner finanziell ausbluten zu lassen. So werden Leute, die sich in Ba-Wü an Castorblockaden beteiligt hatten, in Gewahrsam genommen, und sollen nun auch noch für den unfreiwilligen Freiheitsentzug bezahlen. Auch Magdeburger AtomkraftgegnerInnen sind von solchem Tun betroffen:

Da wären 112 DM für den engagierten Wegtrageeinsatz der Polizei in Philippsburg im April 2001, 16 DM für selbige Tätigkeit in Neckarwestheim, 560 DM Bußgeld für Falschparken des Hinterteils auf der Transportstrecke vor dem AKW Neckarwestheim, 300 DM Bußgeld für den Versuch einer Castorblockade in der Nähe des AKW Rheinsberg, 200 DM für ein paar Zeilen, die ein Polizist auf einen Widerspruch gegen eine Ingewahrsamnahme schreiben musste und noch einiges mehr, was sich mit der Zeit so ansammelt.

Das Ziel solcher Maßnahmen ist klar: DemonstrantInnen sollen sich überlegen, ob es ihnen Wert ist, ihre Meinung zu verkünden, bzw. ob sie genug Geld dafür haben. Wer so frech ist, Widerspruch einzulegen - oder andere Rechtsmittel - darf nochmal sein/ihr Portemonnaie erleichtern.

Ob das der richtige Weg ist, politische Konflikte zu lösen, ist fraglich. Denn Lust, das auch noch zu bezahlen, wogegen mensch aktiv ist, hat wohl kaum irgendwer. So werden sich Magdeburger AktivistInnen am 15. bis 17. februar zusammenfinden, um die Vorbereitung und Begleitung von Prozessen zu üben und sich so gegen herrschende Strategien zu wehren.

Sollten Bußgelder und Polizeikosten vollstreckt werden, so wird es gewiss einige Menschen in Magdeburg und anderen Städten geben, die diese nicht zahlen werden. Sollten dann Ersatzfreiheitsstrafend geltend gemacht werden, werden wir dies angemessen öffentlichwirksam verarbeiten.